

**Auszug aus der Niederschrift
über die 09. Sitzung der Bürgerschaft am 01.12.2016**

**Zu TOP : 7.7
zu Reichsbürgern
Einreicherin Claudia Müller, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: kAF 0127/2016**

Anfrage:

1.
Wie viele Kontakte zu sogenannten „Reichsbürgern“ gab es durch die Stadtverwaltung in den letzten Jahren seit 2010 und welcher Art waren diese (schriftlich, verbal, handgreiflich etc.)?
2.
Wie geht die Verwaltung mit diesen Fällen um?
3.
Plant die Stadtverwaltung ein Seminar für besonders betroffene Mitarbeiter/innen, um diese im Umgang mit dieser Personengruppe zu schulen und Ihnen Hilfestellung im Umgang zu geben?

Herr Tanschus beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes wurden innerhalb der Stadtverwaltung als erste mit dem Phänomen der „Reichsbürger“ konfrontiert.

Zu den Kernaufgaben des Sachgebietes Pass- und Meldewesen im Stralsunder Ordnungsamt gehört die Entgegennahme und Bearbeitung von persönlich gestellten Anträgen auf Ausstellung von Ausweisdokumenten sowie An- und Ummeldungen. Ein Thematisieren von Ideologien oder besonderen Gedankenguts hat hierauf keinen Einfluss und findet möglicherweise auch deshalb nur in den wenigsten Fällen statt.

Eine statistische Erhebung der Kontakte zu der genannten Bevölkerungsgruppe findet aktuell nicht statt. Unter Berücksichtigung der ca. 8.700 jährlich ausgestellten Pässe und Ausweise, bewegt sich der Anteil der Kontakte mit eindeutig der Reichsdeutschenideologie zugehörigen Personen im Promillebereich.

Ein merklicher Anstieg der Kontakte im Zusammenhang mit der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit ist derzeit nicht zu verzeichnen.

Die Beschäftigten der Bußgeldstelle für Verkehrsordnungswidrigkeiten haben Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern aus ganz Deutschland. Auch hier trifft das Ordnungsamt – wenn auch ebenfalls nur vereinzelt – auf Reichsbürger. Aus diesem Grunde hat Herr Tanschus bereits am 25.10.2015 den Beschäftigten des Ordnungsamtes eine Handlungsempfehlung zum Umgang mit Reichsbürgern zur Verfügung gestellt. Diese wurde im letzten Monat auch allen anderen Ämtern der Stralsunder Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

Das Kommunale Studieninstitut bietet entsprechende Schulungen an. Betroffene Beschäftigte im Ordnungsamt wurden in den vergangenen Jahren bereits geschult.

Herr Suhr fragt in Vertretung für Frau Müller nach, ob es in Stralsund im Gegensatz zu anderen Kommunen auf Landesebene nur zum Vortragen bestimmter Ideologien und nicht zur gewältigen Übergriffen kam.

Herr Tanschus bestätigt diese Aussage.

Herr Suhr zieht die beantragte Aussprache zurück.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i. A. König/Sitzungsdienst

Stralsund, 16.12.2016